



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz

GLASMANUFAKTUR
BÜTTIKON AG

*Träume
aus Glas*



75 Jahre

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

Küssnacht:

Josef Stübi
Tel. 041 854 04 00
josef.stuebi@baer.ch

March, Höfe, Einsiedeln:

Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, print&crossmedia,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ	
Wirtschaftsmeldungen	4-5
Aktuell	
Beruflich und privat gut kommunizieren – ein Schlüssel zum Erfolg	6-7
Themen	
Romandie treibt Schweizer Aufschwung an	8
Gegen den Fachkräftemangel	9
Für eine sinnvolle Nutzung ländlicher Wohngebäude	10
Wirtschaft fordert Gesamtenergiestrategie	11
Index	13
Kommentar zum Zeitgeschehen	
Mobilität: Der Fünfer und das Weggli? ..	14



Dr. Rudolf Moll

Unter dem Druck immer tieferer Preise, immer kürzerer Lieferfristen und immer schnellerer Innovationszyklen verlagern viele Schweizer Hersteller Vorleistungen oder auch komplette Herstellprozesse in Billiglohnländer. Der Nachweis eingesparter Kosten war vermutlich schon für manche Karriere Ambrosia. Und uns Konsumenten freut es.

Was für Produkte gilt, gilt auch für ganze Firmen: das Gefühl, durch eine Kooperation oder durch den Firmenverkauf Teil einer globalen tätigen Unternehmung zu werden, schüttet offenbar für viele Entscheidungsträger derart viele Glückshormone aus, dass Sorgen zur Erhaltung hiesiger Arbeitsplätze nicht aufzukommen scheinen.

So weit, so gut – mindestens kurzfristig. Doch es gibt auch eine Kehrseite der Medaille:

Die Herstellung technologischer Spitzenprodukte zu immer tieferen Preisen bedeutet extreme Spezialisierung. Daher gibt es immer weniger, dafür umso grössere Hersteller von Schlüsselkomponenten. Gemäss den Gesetzen der «economy of scale» absolut logisch, doch was passiert, wenn Naturkatastrophen oder politische Erdbeben die Landschaft über Nacht verändern sollten?

Nicht zuletzt dank Kostenoptimierungen in den Industrienationen sind ungewollt neue Rohstoff-Monopole entstanden. Ist uns bewusst, dass diese Situation eines Tages zur Erpressung führen wird? Spekulation verschärft die Situation zusätzlich, ich denke hier nicht nur an die viel zitierten Seltenerdmetalle.

Und so manches joint venture führte nach einiger Zeit zum ungläubigen Augenreiben: die hiesige Produktion wird aus Kostengründen eingestellt, die Entwicklung am (ausländischen) Stammsitz konzentriert, kurz: das Know-how ist weg und die schweizerische Niederlassung dient nur noch der Steueroptimierung.

Kosten und Leistungen zu optimieren ist Pflicht, um nicht von der Bildfläche zu verschwinden. Machen wir uns aber als Unternehmer, Staatsbürger oder Konsument auch ernsthafte Gedanken dazu, in welchem Masse wir Eigenständigkeit, Fachwissen und Sicherheit abgeben wollen?

Dr. Rudolf Moll

Schwyzer Wirtschaft im Aufschwung

Die Schwyzer Wirtschaft läuft nach dem Krisenjahr 2009 wieder sehr gut. Sie wuchs 2010 um 2,6 Prozent und auch dieses Jahr wird ein reales Wertschöpfungswachstum in gleicher Grösse erwartet. Verantwortlich für das letztjährige Wachstum waren laut der Wirtschaftsprognose der Schwyzer Kantonalbank Industrie und Gewerbe (+3,1 Prozent) und der Dienstleistungssektor (+2,6 Prozent). Mit einer Wachstumsrate von 4,2 Prozent war das Baugewerbe ein bedeutender Wirtschaftsmotor. Die Holzbranche wuchs in ihrem Gefolge um stattliche 4,7 Prozent. Die Investitionsgüterindustrie legte 2010 um 2,9 Prozent zu – dies vor allem dank der robusten Binnennachfrage. Im Dienstleistungssektor verzeichneten die Handelsbranche einen Zuwachs von 4,2 Prozent und die Finanzbranche (+3,2 Prozent) die höchsten Wachstumsraten. Die SZKB erwartet laut der Bak-Basel-Studie 2011 einen anhaltenden Erholungsprozess. Für die Industrie wird ein Plus von 3,6 Prozent erwartet, im Dienstleistungsgewerbe ein solcher von +2,8 Prozent. Die Handelsbranche dürfte dank des starken privaten Konsums um 3,4 Prozent wachsen, das Baugewerbe wird sich wegen der auslaufenden staatlichen Konjunkturprogramme im laufenden Jahr auf +1,0 Prozent abschwächen.

Kantonsrat heisst Sparplan gut

Der Kantonsrat hat an seiner Session vom 18. Mai den Massnahmenplan zur Entlastung des kantonalen Finanzhaushalts mit einigen Abstichen gutgeheissen. Vom ursprünglich vorgelegten Entlastungspotenzial von rund 72 Mio. Franken blieben am Ende noch 55 Mio. Franken übrig. Für die elf beschlossenen Massnahmen hat die Regierung bis Herbst nun detaillierte Vorlagen auszuarbeiten. Teils werden Volksabstimmungen nötig sein. Die wichtigsten drei Pakete: Es ist eine institutionalisierte Ausgabenbremse vorgesehen, eine Kürzung des Gemeindeanteils an den Grundstückgewinnsteuern um 17 Mio. Franken und die Absicht, dass vor allem die finanzstarken Gemeinden künftig den Schwyzer Beitrag an den interkantonalen Finanzausgleich NFA mit etwa 28 Mio. Franken mitzahlen sollen. Damit will die Regierung und das Kantonsparlament das strukturelle Defizit in den Griff zu bekommen. Als ein Hauptproblem nannte Finanzdirektor Kaspar Michel den massiv ansteigenden NFA-Anteil, den der Kanton Schwyz zu zahlen hat. Im nächsten Jahr sollen es weit über 100 Mio. Franken sein. Allerdings gehen die Entlastungen des Kantonsbudgets zu einem grossen Teil

zu Lasten der Gemeinden. Der Zeitpunkt für eine Neu- beurteilung der Lasten- und Aufgabenteilung zwischen Kanton, Bezirken und Gemeinden sei gekommen, begründete Michel die Umlagerung, denn die Schwyzer Gemeinden befänden sich finanziell in Topform.

Spital Einsiedeln soll aufgehoben werden

Im Rahmen der Spitalstrategie 2020 schlägt die Regierung dem Kantonsrat die Aufhebung des Spitals Einsiedeln vor. Es soll ab 2015 nicht mehr auf der Liste der Grundversorger aufgeführt werden. Damit verbleiben noch die beiden Spitäler in Lachen und Schwyz sowie – auf der Liste der Spezialkliniken – die Aeskulap-Klinik in Brunnen. Gründe für diese überraschende Empfehlung sind anstehende hohe Investitionen in Lachen und Einsiedeln, politische Vorstösse im Kantonsrat sowie die ab 2012 geltende freie Spitalwahl, welche das Gesundheitswesen härter dem wirtschaftlichen Wettbewerb aussetzt. Bereits hat sich in der Region Mitte heftige Opposition angekündigt. Der Bezirksrat Einsiedeln und die Gemeinderäte von Rothenthurm, Alpthal, Unteriberg und Oberiberg verweisen auf die grosse wirtschaftliche Bedeutung des Spitals für die ganze Region. Die Institution ist mit 240 Anagestellten der grösste Arbeitgeber, das Spital ist der bedeutendste Wirtschaftsfaktor und ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Die Einsiedler fühlen sich vom Kanton im Stich gelassen, denn damit würde, so argumentieren die Behörden der betroffenen Kommunen, die bevölkerungs- und strukturschwache Region Mitte gegenüber Inner- und Ausserschwyz weiter benachteiligt.

Victorinox plant 40 neue Shops in China

In den nächsten fünf Jahren will die Victorinox in China 30 bis 40 neue Brandstores eröffnen. Derzeit sind es erst sechs seiner weltweit 45 Brand-Stores, die im Reich der Mitte angesiedelt sind. In China will man deshalb expandieren, weil je länger je mehr eine Käuferschaft auftritt, welche die Marke kennt und sich die Produkte leisten kann. Die weltweite Distribution der Marke Victorinox soll aber auch in anderen Ländern über die Brandstores und Flagship-Stores vorangetrieben werden. Nach wie vor bilden die Taschen-, Berufs- und Küchenmesser mit einem Umsatzanteil von 60 Prozent das Kerngeschäft des Schwyzer Unternehmens. Täglich produzieren die 900 Mitarbeitenden in Ibach mehr als 120 000 Messer. Weltweit werden rund 1800 Mitarbeiter beschäftigt. Die angestrebte Expansion soll Arbeitsplätze für zusätzliche 100 Angestellte

schaffen. Am stärksten ist das Umsatzwachstum in den Branchen Uhren, Reisegepäck und Bekleidung, sagt CEO Carl Elsener.

Einkommen ungleich verteilt

Anfang Mai hat das Departement des Innern den Armutsbericht veröffentlicht. Im Unterschied zu den alljährlich erneuerten Berichten stellt dieser nun auch auf die Steuererhebung 2007 ab. Die Einkommen der 72 300 erfassten Steuerpflichtigen sind sehr ungleich verteilt. Rund 1000 von ihnen deklarierten 2007 keine Einkünfte, fast ebenso viele mehr als eine halbe Mio. Franken. Bei den Vermögen ist die Verteilung noch ungleicher: Zehn Prozent der Schwyzer wiesen kein Reinvermögen aus, elf Prozent verfügten über ein solches von mindestens einer Mio. Franken. Allerdings sind darin die Immobilien auch enthalten. Wer ein Haus an guter Lage besitzt, kommt bald einmal auf diese magische Zahl. 2009, so die Erhebung, bezogen 2100 Personen wirtschaftliche Sozialhilfe. Betroffen sind vor allem Alleinerziehende, Alleinstehende, junge Erwachsene und Ausländer. Die Sozialhilfequote ist am Sinken und mit 1,5 Prozent im Kanton Schwyz um die Hälfte tiefer als im gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Talfahrt von Pelikan geht weiter

Beim Schreibwaren- und Büromaterialhersteller Pelikan mit Sitz in Feusisberg sank der Umsatz im vergangenen Jahr um 13 Prozent auf 272 Mio. Franken, wie Pelikan Mitte Mai bekanntgab. Einerseits leidet die Gruppe seit 2008 unter den Folgen der Wirtschaftskrise. Andererseits sind strategische Entscheide für den Rückgang verantwortlich. Pelikan hatte entschieden, nur noch auf eigene Marken zu setzen und deswegen die Vertriebsvereinbarungen mit Faber-Castell und Henkel beendet. In den Hauptmärkten Europas verliefen die Geschäfte harzig, auch im wichtigsten Absatzgebiet Deutschland, wo Pelikan 46 Prozent seines Umsatzes erzielt. Die Schweiz macht nur noch 3,2 Prozent der Verkäufe aus. Dagegen konnte Pelikan in Lateinamerika kräftig zulegen. Der operative Verlust hat sich mit 7,2 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Im laufenden Jahr ist nicht mit einer signifikanten Verbesserung des Umsatzes zu rechnen.

Seedamm-Plaza plant für 70 Mio. Franken Investitionen

Die Betreiber des Pfäffiker Seminar- und Kongresshotels Seedamm Plaza setzen weiter auf Expansion. In

den kommenden zehn Jahren sollen fünf Erweiterungsprojekte realisiert werden. Das Investitionsvolumen wird auf 70 Mio. Franken geschätzt. Auf dem westlichen Baufeld, wo sich das Seedamm Plaza mit dem Hotel-, Kongress-, Schulungs- und Casinobereich befindet, werden die bestehenden Bauten aufgestockt und erweitert. Damit gewinnt man zusätzliche 40 Hotelzimmer sowie 1700 Quadratmeter Schulungs- und Seminarfläche. Gegen Süden wird ein neuer Büro- und Ausbildungstrakt angebaut. Auf dem östlichen Baufeld wird anstelle des Event-Doms ein Business-Center mit Büros errichtet, mit einer Bruttogeschossfläche von 6000 Quadratmetern. Gleichzeitig werden 159 Tiefgaragenplätze realisiert. Die Hotel Seedamm AG will sich mit den Erweiterungsbauten weiter entwickeln und zwischen Seedamm Plaza und Business-Center gegenseitig Synergien nutzen sowie die Bereiche Hotel, Restaurant, Ausbildung, Seminare, Kongresse, Casino, Büros und Dienstleistungen in einem Gebäudekomplex vereinen. Das ursprünglich geplante Turmprojekt hat die Bauherrschaft verworfen. Das Seedamm Plaza wurde im Jahr 1998 in Betrieb genommen. Es hat sich seither zum grössten unabhängigen Kongresszentrum der Schweiz entwickelt. Hinter dem Seedamm Plaza steht als Investor Ueli Feusi.

Rigi Bahnen fahren in schwarzen Zahlen

Nach zwei Verlustjahren hat die Rigi Bahnen AG 2010 einen Gewinn von 65 000 Franken erwirtschaftet. Sie verzeichnete zudem eine um 13 Prozent höhere Frequentierung als im Vorjahr. Insgesamt benutzten über 1,25 Mio. Fahrgäste die Bahnen, welche die Rigi von Vitznau und von Goldau aus erschliesst. Der Zuwachs ist auf die volle Anerkennung des schweizerischen Generalabonnements, der SBB-Tageskarte und des SwissPass zurückzuführen. Wegen unvorgesehenen Kostenerhöhungen sowie Diskussionen über die Finanzierung hat der Verwaltungsrat beschlossen, die Arbeiten am denkmalgeschützten Hochperron in Goldau erst in Angriff zu nehmen, wenn die Finanzierung geregelt ist.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Beruflich und privat gut kommunizieren – ein Schlüssel zum Erfolg

Eine optimale Verständigung ist die Lebensader jeder Organisation, jeder Firma, jeder Gemeinschaft. Wie gut wir Botschaften, Informationen oder Gefühle senden und auch empfangen können, ist in hohem Masse für unseren geschäftlichen Erfolg und unser privates Miteinander verantwortlich. Zum Glück ist erfolgreiche Kommunikation nicht nur eine Frage des Talents, vieles davon ist erlernbar.

Wir tauschen uns jeden Tag aus – vom Moment des Erwachens in der Früh bis wir wieder einschlafen. Oft geschieht dies automatisch, ohne dass wir überlegen, was wir sagen wollen oder den anderen mitteilen. In der Folge äussern wir uns unseren Mitmenschen gegenüber oft unkontrolliert, ja gar unbewusst. Und wir können meist nur bedingt beeinflussen, was andere letztlich an Informationen aufnehmen, wie sie unsere Botschaften verstehen und diese für sich deuten. Gleichzeitig gibt es Situationen – im beruflichen wie privaten Umfeld – wo wir den Wunsch haben, uns bewusst und gezielt mit anderen zu verständigen. Planung und Zusammenarbeit im Team, Diskussionen an einer Sitzung, ein Kunden- oder Lieferantengespräch, eine Bewerbung oder eine Sitzung mit dem Chef, ein Mitarbeitergespräch, usw. sind nur ein paar Beispiele aus unserem beruflichen Alltag. Und dabei stellen sich uns immer wieder die gleichen Fragen:

- Was ist wichtig für einen guten Austausch?
- Wie können wir im Gespräch unser Ziel erreichen?
- Wie können wir gut zuhören und auf unsere Gesprächspartner/innen eingehen?

- Wie können wir sicherstellen, dass unsere Botschaften richtig verstanden werden?
- Wie können wir unsere Anliegen einbringen oder gar durchsetzen?
- Wie können wir wichtige oder kritische Gespräche gut vorbereiten?
- Was müssen wir berücksichtigen, wenn wir zu einer Gruppe oder einer grösseren Anzahl Zuhörenden sprechen?

Glaubwürdig kommunizieren ist weit mehr als miteinander reden

Vielleicht kennen Sie Zitate, wie: «Kommunikation ist mehr als Worte!» oder «man kann nicht nicht kommunizieren!» Was bedeuten diese Aussagen und wie können wir sie gut nutzen?

Auf diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sich eine Vielzahl von Experten seit Jahrzehnten mit der Kommunikation beschäftigen, es inzwischen Hunderte von Büchern und Ratgebern dazu gibt. Auch in der Führungs- und Managementausbildung hat dieses Thema an Bedeutung gewonnen. Und falls Sie Mitarbeitende für Ihren Betrieb auswählen, legen Sie im Rahmen der Sozialkompetenzen vermutlich grossen Wert darauf.

Je länger ich mich mit Menschen im beruflichen (und privaten) Austausch beschäftige, um so mehr kann ich mich der Vermutung anschliessen: Eine glaubwürdige, auf die Situation und Zielgruppe passende Kommunikation ist eine hohe Kunst und eine entscheidende Basis für anhaltend erfolgreiche Berufs-/Geschäftstätigkeiten, ja für das Leben überhaupt.

Was heisst nun aber glaubwürdig und passend?

Glaubwürdig bedeutet u. a., die Sprechenden wirken authentisch, also ehrlich, sich selber treu bleibend und dadurch überzeugend. Sie kennen die verschiedenen Aspekte einer Mitteilung und setzen sie gezielt ein. Friedemann Schulz von Thun hat dazu ein häufig zitiertes Modell entwickelt, das besagt: Jede Nachricht hat vier Ebenen, nämlich:

- den Inhalt, die Sache,
- den Bezug, die Haltung oder die Beziehung zum Gegenüber,
- die persönliche Botschaft oder die Selbstoffenbarung und
- den Wunsch oder den Appell.

Und dies unabhängig davon, ob eine Botschaft gesendet (gesprochen oder geschrieben) oder empfangen (gehört oder gelesen) wird.

Das sind wertvolle Anhaltspunkte für die Vorbereitung, Durchführung und nachträgliche Reflexion von Kunden-, Lieferanten- oder

Mitarbeitergesprächen. Genauso kann das Modell für Präsentationen, Vorträge, und Texte angewandt werden. Ebenso wichtig ist, dass wir überprüfen, ob die «gesendeten Botschaften» auch dem entsprechen, was die Zuhörenden verstanden haben. Auch hierzu gibt das Modell konkrete Hinweise.

Passend heisst z. B., dass unsere Mitteilung der Sprache und Kultur der Empfänger entsprechen muss. Bei unseren Kindern kennen wir das: «Wie sage ich es meinem Kinde?» Wie muss ich die Botschaft aufbauen, welche Worte wählen? Welche Bilder, Symbolik oder Hilfsmittel beiziehen? Wie stelle ich sicher, dass ich (richtig) verstanden werde, dass ich mich auf das Erkennen meiner Kernbotschaften des Gegenübers verlassen kann?

Analoge Überlegungen empfehlen sich auch bei Präsentationen oder anspruchsvollen Gesprächen.

Welche Vorkenntnisse hat mein/e Gesprächspartner/in zum Thema? Mit welchen Gedanken, Zustimmung oder Abneigung kann oder muss ich rechnen? Was bringe ich selber an innerer Haltung dazu mit. Was werde ich kommunizieren (wollen), ohne dies vielleicht direkt anzusprechen?

Schon anhand dieser kurzen Ausführungen zeigt sich, Kommunikation ist ein komplexer Vorgang, der im guten Fall mit Sorgfalt und Einfühlungsvermögen vorbereitet und umgesetzt wird. In der üblichen Hektik unseres Alltags ist das keine leichte Aufgabe. Das wirklich Gute am Ganzen ist: In der Kommunikation steckt viel Systematik und Technik. Das bedeutet: Vieles ist erlernbar, und wir sind nicht auf unser diesbezügliches Talent alleine angewiesen. Professioneller Austausch mit den Mitmenschen ist also zu einem grossen Teil erfahrbare und kann trainiert werden. Fragen wie:

- Wie bereite ich mich gut vor?
- Wie baue ich den Vortrag oder das Gespräch auf?
- Wie kann ich mein Gegenüber abholen?
- Wie überzeuge und argumentiere ich gekonnt, damit ich letztlich mein Ziel erreiche?
- Wie kann ich Konflikten begegnen?
- Wie kann ich konstruktiv Feedback geben und solches annehmen?

können beantwortet werden. Mit dem notwendigen Bewusstsein und Erfahrung gelingt es, die individuelle Professionalität zu finden oder zu steigern, gekoppelt mit der Persönlichkeit und dem eigenen Stil. (Margrit Frei)

Gerne laden wir Sie zu einem kostenlosen Workshop ein:

- Wann:** Dienstag, 21. Juni 2011, 16.30 – 18.30 Uhr
Ort: Berufs- und Studienberatung, Parkstrasse 25, 6410 Goldau.
Inhalt: Tipps und Strategien im Umgang mit anspruchsvollen Gesprächssituationen anhand konkreter Praxisbeispiele.
Referentin: Margrit Frei, Partnerin, Beraterin und Trainerin der Firma top perspektiven ag, Stans, www.top-perspektiven.ch
Anmeldung: per E-Mail an cyrill.moser@sz.ch oder per Telefon 041 859 14 44. (Platzzahl beschränkt).

Romandie treibt Schweizer Aufschwung an

Die Westschweizer Kantone im Allgemeinen und der „arc lémanique“ im Besonderen erleben derzeit sowohl in wirtschaftlicher als auch in demografischer Hinsicht ein einzigartiges Wachstum, was diese Region zu einem der Hauptantriebe der Schweizer Wirtschaft macht. Deutlich und von den Statistiken bestätigt wurde dies mit dem wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise von 2008. Die sechs Westschweizer Kantonalbanken haben, unterstützt von der Universität Lausanne, kürzlich neueste Zahlen und Prognosen zum regionalen Bruttoinlandprodukt der Romandie publiziert. Im Jahr 2010 betrug dieses mit 120 Milliarden Franken ein Viertel des gesamtschweizerischen, was einer Erhöhung um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprach. Der Trend soll gemäss Prognosen anhalten, so dass für dieses Jahr mit einem Wachstum von 2,7 und nächstes Jahr von 2,5 Prozent gerechnet wird.

Die Romandie konnte damit nicht nur an ihr Niveau von vor der Krise anknüpfen, sondern hat dieses gar übertroffen. Damit weist die Westschweiz – zwar branchenabhängig unterschiedlich – seit einem Jahrzehnt ein tendenziell höheres Wachstum als die Deutschschweiz und auch als die Europäische Union auf.

Zwei Dinge sind dabei augenfällig: Erstens stieg während der letzten 15 Jahre das regionale Bruttoinlandprodukt der Romandie doppelt so stark an wie die Bevölkerungszahl, was einen generellen Anstieg des Wohlstands bedeutet. Zweitens geht wirtschaftliches demografischem Wachstum voraus und begünstigt dieses. Die Wirtschaft funktioniert demnach als Antrieb für das Bevölkerungswachstum, die zweifellos ihr eigenes Trägheitsmoment kennt: Einmal in die Gänge gekommen, steigt die Bevölkerungszahl auch unabhängig wirtschaftlicher Schwankungen.

Diese rasche Entwicklung bedingt insbesondere einen Verkehrs- und Wohninfrastrukturausbau. Allerdings wurden die nötigen Arbeiten nicht immer rechtzeitig an die Hand genommen, so dass der Eindruck entstehen könnte, die Romandie «erstickte». Das ändert nun und die Regierungen der betroffenen Kantone, wenn zum Teil auch mit einigem ideologischen Zögern, arbeiten heute aktiv mehrere wichtige Projekte, namentlich im Verkehrsbereich, aus. Denjenigen, die sich vor dem Einfluss des Bevölkerungswachstums auf die Raumplanung fürchten, sei entgegengehalten, dass sich diese Entwicklung nicht unendlich fortsetzt und irgendwann ihr Gleichgewicht findet. Bis dahin geht es darum, von diesem Fortschritt bestmöglich zu profitieren.

Die Westschweizer Kantone sind keine homogene Einheit. Sie weisen Besonderheiten auf, die die obgenannte Studie bekräftigt, und die zeigen, dass sich die Schweiz glücklicherweise nicht einfach in Sprachblöcke aufteilen lässt. Dennoch zeigt ihre wirtschaftliche Entwicklung eine gewisse Kohärenz. Eine wichtige ihnen gemeinsame Herausforderung ist es, dass ihre Stimme in Bundesbern gehört wird. Der Schwerpunkt der Schweiz verlagert sich nach Westen, und es ist unabdingbar, dass die Bundespolitik dieser Entwicklung Rechnung trägt, insbesondere beim Setzen von Prioritäten und Investieren von Geld... entspringt letzteres doch auch zu einem nicht unwesentlichen Teil der wachstumsstarken Romandie. In diesem Sinne sind die von den Kantonalbanken veröffentlichten Zahlen auch eine politische Botschaft und zeigen, wo sich heute der Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs der Schweiz befindet. (Centre Patronal)

Gegen den Fachkräftemangel

Wer die Schweizer Arbeitsmarktdaten der letzten zehn Jahre analysiert, dem fallen zwei Dinge auf: Erstens sank die Arbeitslosenquote im Beschäftigungsboom zwischen 2005 und 2008 (mit über 350 000 neu geschaffenen Stellen) nie unter 2,3%, und zweitens blieb das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte auch während Perioden mit erhöhter Arbeitslosigkeit in verschiedenen Segmenten knapp.

Alles deutet darauf hin, dass sich im Arbeitsmarkt ein Strukturwandel vollzieht, in dem die Beschäftigungschancen der gering qualifizierten Arbeitnehmenden sinken und die Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften über das vorhandene Potenzial hinaus zunimmt. Diese Nachfrage-Verschiebung wird in den nächsten Jahren noch von einem demografischen Prozess überlagert, der zur Stagnation und sukzessiven Alterung der Erwerbsbevölkerung sowie zu einer Ausdünnung des beruflichen Nachwuchses führt. Zusammen werden diese beiden Entwicklungen zu einem Fachkräftemangel führen, der nur noch in seiner Akzentuierung dem konjunkturellen Auf und Ab folgt.

Dieser strukturelle Fachkräftemangel kann zu einem grundlegend limitierenden Faktor für das Wachstum der Wirtschaft werden, hat also strategische Bedeutung. Entsprechend wichtig sind Gegenmassnahmen, wobei vier Handlungsfelder im Vordergrund stehen: Die Aus- und Weiterbildung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmender sowie die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland. Auf allen Handlungsfeldern sind sowohl Arbeitgeber und Arbeitnehmende wie auch Gesellschaft und Politik angesprochen.

Die Bekämpfung des Fachkräftemangels muss bei der optimalen Nutzung der inländischen Personalressourcen für das Erwerbsleben beginnen. Dazu gehören erstens eine gute Qualifikation der Menschen und zweitens Rahmenbedingungen, die ihnen eine möglichst intensive und lange Arbeitsmarktbeteiligung erlauben. Dank unserem leistungsfähigen Ausbildungssystem liegen in der Schweiz nur

noch beschränkte Qualifizierungspotenziale brach. Grösser sind die Reserven dagegen bei der Arbeitsmarktbeteiligung: Viele gut qualifizierte Frauen müssen wegen der mangelnden Vereinbarkeit von Beruf und Familie ihren Beschäftigungsgrad einschränken, und zahlreiche leistungsfähige ältere Arbeitnehmende scheiden aus dem Erwerbsleben aus, weil unsere Gesellschaft nach wie vor auf das Rentenalter 64/65 fixiert ist. Die Beseitigung dieser praktischen und mentalen Barrieren ist eine arbeitsmarktökonomische Notwendigkeit.

Selbst die optimale Ausschöpfung des inländischen Potenzials reicht aber nicht aus, um den drohenden Fachkräftemangel zu entschärfen. Wie der hohe Anteil von ausländischen Arbeitskräften (rund 27%) zeigt, ist der Schweizer Arbeitsmarkt zu klein, um unsere hochentwickelte Volkswirtschaft mit genügend Arbeitskräften zu versorgen. Wir sind schlicht nicht in der Lage, genügend Fachkräfte, Forscher und Kader für unseren Denk-, Werk- und Finanzplatz zu «produzieren». Die Unternehmen brauchen also die ergänzende Rekrutierung im europäischen und – selektiv – im globalen Arbeitsmarkt. Wer das den Firmen nicht zugestehen will, wird sie dereinst schmerzlich vermissen. (SAV)

Für eine sinnvolle Nutzung ländlicher Wohngebäude

Das zu Unrecht diskriminierende Verbot, welches eine sinnvolle Umnutzung bestehender Wohnbauten in Nichtbauzonen verhindert, ist so schnell wie möglich aufzuheben. Davon profitiert nicht allein der Eigentümer, vielmehr dient sie auch einem schöneren Landschaftsbild, der Ökologie und einer haushälterischen Bodennutzung.

Wohnbauten ausserhalb der Bauzone können bis heute nur sehr eingeschränkt umgebaut werden, wenn sie im Juli 1972 noch landwirtschaftlich genutzt wurden. Die damalige Einführung dieser Bestimmung mit einer klaren Trennung der Bauzonen von Nichtbauzonen sollte der Urbanisierung des ländlichen Raumes Einhalt gebieten.

In den letzten Jahren wurde aber parallel dazu ein Strukturwandel in der Landwirtschaft politisch gefördert. Die resultierenden Vergrösserungen oder Aufgaben von Bauernbetrieben führten dazu, dass viele bäuerliche Gebäude nicht mehr dem ursprünglichen Zweck dienen. Weil wegen der Vorgaben in Artikel 24c des Raumplanungsgesetzes (RPG) eine Umnutzung schwierig ist, verfielen viele Bauernhöfe zu unschönen Ruinen, welche keineswegs ins Bild einer idyllischen Landwirtschaftszone passen.

Bereits in mehreren Anläufen wollten Bundespolitiker die baulichen Einschränkungen anpassen, um die bestehenden Wohnbauten

besser zu nutzen. Nachdem der Vorschlag eines Raumentwicklungsgesetzes zu Recht gescheitert ist, konnte sich der Ständerat nicht damit anfreunden, diese Vorschrift im Zusammenhang mit der Frage des Grundstückerwerbs durch Ausländer zu verbessern. Deshalb hat die Kommission für Raumplanung, Umwelt und Energie (UREK) des Nationalrats einen Entwurf erstellt und aktuell in Vernehmlassung geschickt.

Dieser Vorschlag sieht vor, den Artikel 24c RPG so abzuändern, dass keine Unterscheidung mehr besteht, ob ein Gebäude im Juli 1972 noch landwirtschaftlich genutzt wurde oder nicht mehr. Neu sollen alle die gleichen Umbaumöglichkeiten erhalten, namentlich die Erlaubnis zur Vergrösserung des Gebäudevolumens und zum Abbruch und Wiederaufbau. Damit würde eine Diskriminierung aufgehoben, welche Gebäude in der gleichen Zone benachteiligt, einzig weil sie zu einem willkürlichen Zeitpunkt noch landwirtschaftlichen Zwecken dienten.

Es ist höchste Zeit, dass diese Lockerung des Umbauverbots im Bundesgesetz erfolgt. So muss nicht mehr mit Gesetzesumgehungen versucht werden, die verfallenden Gebäude zu retten: Bis heute gibt es viele – mehr oder weniger erfolgreiche – Versuche, mit «umfassenden Sanierungen» faktisch den Abbruch und Wiederaufbau durchzuführen.

Dabei sind sich Bewilligungsbehörden, Eigentümer und Nachbarn zumeist einig, dass nur ein kompletter Ersatz die Gebäude vor dem weiteren Verfall bewahren kann. In ländlichen Gebieten gibt es viele Wohnbauten, die nicht mehr genutzt werden, weil die erlaubten Sanierungen genauso viel kosten würden wie ein Neubau, aber kaum Mehrwert bringen. Gerade die tiefen Raumhöhen älterer Bauten machen eine Nutzung ohne Abbruch nahezu unmöglich.

Schon im Blick auf die aktuellen Debatten zu fehlendem preiswerten Wohnraum und zur Zersiedelung ist eine sinnvolle und günstige Nutzung dieser Wohngebäude nötig. Anstatt immer mehr Kulturland in Bauland zu verwandeln, dient die Transformation der ohnehin bestehenden Bauten einem haushälterischen Umgang mit dem Boden.

Auch in energetischer Hinsicht finden sich Vorteile: Beim Wiederaufbau erfolgt zwingend die Anpassung an heutige Gesetze, welche den bedeutenden technologischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte berücksichtigen und ökologischer sind.

Als einziges Argument spricht die drohende Gefahr einer Veränderung des Landschaftsbilds gegen die Gleichstellung mit Gebäuden in Bauzonen. Wegen der grossen Anzahl an betroffenen Gebäuden besteht tatsächlich ein Risiko. Deshalb sieht der Entwurf eine Einschränkung vor: Die äussere Erscheinung darf nicht wesentlich geändert werden. Damit ist gewährleistet, dass das Landschaftsbild nicht nur durch den Ersatz von Bau-ruinen mit Neubauten schöner wird, sondern auch der ländliche Charakter erhalten bleibt.

Dem Vorschlag der UREK ist zuzustimmen: Das überholte Verbot, welches eine sinnvolle Umnutzung bestehender Wohnbauten in Nichtbauzonen verhindert, ist so schnell wie möglich aufzuheben.
(Centre Patronal)

Wirtschaft fordert Gesamtenergiestrategie

economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband, Swissmem, SGCI Chemie Pharma Schweiz und die IG Energieintensive Branchen haben an einer gemeinsamen Medienkonferenz ihre Forderungen zur Schweizer Energiepolitik dargelegt. Die Vertreter der Schweizer Wirtschaft warnten in Bern eindringlich davor, die zuverlässige, wettbewerbsfähige, unabhängige und umweltfreundliche Stromversorgung mit übereilten energiepolitischen Entscheidungen aufs Spiel zu setzen. Denn die sichere Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist ein zentraler Standortfaktor für die Schweizer Wirtschaft.

Bereits heute muss die Schweiz im Winter über 15 Prozent des Stroms aus dem Ausland importieren. Ohne Strom aus Kernkraftwerken würde die Schweiz künftig im Winter einen Selbstversorgungsgrad von unter 40 Prozent erreichen. Weil sich in Westeuropa gravierende Probleme in der Stromversorgung abzeichnen, sollte auch in Zukunft eine weitgehend autonome Versorgung der Schweiz gewährleistet werden. Daher sind die Sicherstellung von ausreichenden Stromerzeugungskapazitäten im Inland sowie die Stärkung der erneuerbaren Energien und der Effizienz zentral. Solange keine überzeugende Gesamtenergiestrategie vorliegt, darf die Option Kernenergie jedoch nicht aufgegeben werden, so die Meinung.

Daneben sind wettbewerbsfähige Strompreise ein weiterer zentraler Pfeiler für den Erfolg der Schweiz. Dies gilt insbesondere auch – wird erklärt – weil Schweizer Firmen bereits mit dem hohen Frankenkurs zu kämpfen haben. Steigen die Strompreise um 30 Prozent (rund drei Rappen pro Kilowattstunde), bewirkt dies allein für die Industrie Mehrkosten von über einer halben Milliarde Franken pro Jahr. Für die gesamte Wirtschaft würden die Kosten schätzungsweise um gegen eine Milliarde Franken steigen. Arbeitsplatzabbau und Verlagerungen energieintensiver Betriebe wären die Folgen. Was dies konkret bedeuten kann, zeigt das Beispiel der Energieintensiven Betriebe: Jede Strompreiserhöhung um 1 Rappen führt zu Kosten

von 36 Millionen Franken. Dies entspreche den Kosten von über 400 direkten Arbeitsplätzen, erklärt der IGEB-Präsident.

Die Förderung der Energieeffizienz sei das zentrale Thema für die KMU-Wirtschaft, wird betont. Die Frage der Stromproduktion stehe immer im Zusammenhang mit der gesamten Umwelt- und Energiepolitik. Für die Wirtschaft ist es deshalb unerlässlich, dass die Thematik gesamtheitlich angegangen wird. Im Bereich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes verfügt die Schweizer Wirtschaft mit der Energie-Agentur der Wirtschaft bereits heute über einen guten Leistungsausweis. So haben die Firmen der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie trotz deutlichem Produktionswachstum ihre CO₂-Emissionen seit 1990 um 50 Prozent gesenkt und die Energieeffizienz um 40 Prozent verbessert, erklärt der Präsident von Swissmem. Durch weitere Effizienzmassnahmen kann einerseits Energie und damit Kosten eingespart werden, andererseits entstehen Aufträge für Schweizer Unternehmen. Diese Herausforderungen bieten daher auch eine wichtige Chance, die die Schweizer Wirtschaft nicht verpassen sollte. Dazu sind konsequent marktwirtschaftliche Anreize und liberale Bewilligungsverfahren nötig – insbesondere auch bei erneuerbaren Energieprojekten.

Vor dem Hintergrund der laufenden Debatte und der bevorstehenden energiepolitischen Weichenstellungen sind für die Wirtschaft die folgenden Punkte zentral, wie die Vertreter der fünf Verbände gemeinsam betonten:

Damit die Energieversorgung langfristig optimal gewährleistet werden kann, muss eine Gesamtenergiestrategie entwickelt werden.

Die Option Kernenergie muss aufrechterhalten werden – insbesondere mit Blick auf ihre technologische Entwicklung, die in verschiedenen Ländern sehr aktiv vorangetrieben wird. Eine vorzeitige Ausserbetriebnahme der bestehenden AKW aus politischen Gründen lehnt die Wirtschaft ab.

Die Wirtschaft unterstützt die Sistierung der anstehenden Gesuche um Ersatzkernkraftkapazitäten. Eine Neubeurteilung muss rechtzeitig vorgenommen werden.

Über einen allfälligen Ausstieg aus der Kernenergie darf erst entschieden werden, wenn sichere, zuverlässige, wettbewerbsfähige, auslandunabhängige und umweltfreundliche Kompensationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Alle Massnahmen zur Effizienzsteigerung, zum Sparen und zur Entwicklung von erneuerbaren Energien (Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie sowie die Nutzung des Restpotenzials der Wasserkraft) sind zur Gewährleistung der Stromversorgung zu intensivieren. Dabei müssen marktwirtschaftliche Lösungen angewendet werden.

Zur Vermeidung der Versorgungslücke sind Gaskombikraftwerke als Übergangslösung zu ermöglichen. Damit verbunden ist die entsprechende Anpassung des CO₂-Gesetzes mit Flexibilität Inland/Ausland.

(economiesuisse)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	101,4	100,8	100,3	100,1	99,9	99,8	99,8	99,9	100,1	99,6	99,6	99,7
2010	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
2011	100,1	100,3	100,7	101,0								
¹	-0,1%	+0,5%	+0,4%	+0,1%								

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	101,7	101,0	100,6	100,6	100,3	100,3	100,1	100,1	100,2	99,8	99,7	99,9
2010	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
2011	100,1	100,0	100,2	100,3								

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	100,9	100,5	99,7	99,2	98,9	99,0	99,2	99,5	99,8	99,4	99,5	99,5
2010	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
2011	100,0	100,9	101,9	102,5								

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	98,4	98,6	98,3	99,1	99,3	99,5	98,8	98,9	98,9	99,5	99,7	99,5
2010	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
2011	99,6	100,0	100,7	100,8								
¹	+0,3	+0,5	+1,0	+0,3								

2008 ²	2009 ²	2010 ²	2010			2011			
			Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April

Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		99,5	99,0	99,7	99,7	100,0	100,0	99,6	100	100,7	100,8
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Totalindex										
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103	102,8	101,6	100,4	100,6	100,0	99,0	99,1	99,5	98,6
	Alkoholische Getränke und Tabak	95,6	98,2	99,4	100,2	100,0	100,0	100,8	100,5	101,6	101,5
	Bekleidung und Schuhe	90	92,1	93,2	100,8	100,8	100,0	89,9	91,2	98,9	100,7
	Wohnen und Energie	98	96,9	99,3	99,3	100,0	100,0	100,5	101,6	102,1	102,2
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	99,7	100,5	100,1	100,2	100,1	100,0	98,6	99,7	99,4	99,8
	Gesundheitspflege	100,3	100,7	100,4	100,2	100,1	100,0	100,2	100,1	100,1	100,4
	Verkehr	100,4	97,1	99,4	98,3	99,0	100,0	100,6	100,9	101,8	102,4
	Nachrichtenübermittlung	106,7	101,5	100,0	100,0	100,0	100,0	100,1	100,1	100	99,6
	Freizeit und Kultur	103,3	102,7	100,5	99,8	99,7	100,0	98,2	97,9	98,3	98,3
	Erziehung und Unterricht	96,3	97,8	98,9	99,5	99,5	100,0	100	100	100	100
	Restaurants und Hotels	97,6	99,2	100,1	99,9	99,8	100,0	101,7	101,6	101,8	101,7
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,4	98,9	100,2	100,1	100,1	100,0	100,4	100,6	100,4	100,4	
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	98,0	99,2	99,8	99,7	99,9	100,0	100,2	100,5	100,6	100,6
	Auslandgüter	103,4	98,6	99,4	99,8	100,1	100,0	98,1	98,8	100,8	101,3
	Waren	101,9	99,1	99,8	100,0	100,1	100,0	98,9	99,4	100,8	100,9
	Dienstleistungen	97,8	99,0	99,7	99,5	99,9	100,0	100,2	100,5	100,6	100,7

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Mobilität: Der Fünfer und das Weggli?

Wir alle schätzen es, uns mit dem Verkehrsmittel unserer Wahl nach Lust und Laune durch die Welt frei bewegen zu können. Ob wir mit dieser Freiheit allerdings immer sinnvoll umgehen, muss jeder für sich selber beantworten. Die Konsequenzen dieses mehr und mehr ungezügelter Mobilitätskonsums zeigen sich jedoch immer deutlicher. Stichworte wie

- Zersiedelung
- Staus auf der Strasse
- Überfüllte Züge
- Kapazitätsengpässe
- Umweltbelastung, CO₂ und Lärm
- usw.

zeigen überdeutlich auf, dass nicht nur bei der Frage der nachhaltigen zukünftigen Energieversorgung, sondern auch beim Thema Mobilität grosser Handlungsbedarf besteht. Dass die freie Mobilität ein wichtiges Gut für unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität darstellt, ist sicher unbestritten. Die Frage sei aber erlaubt, wie viel Mobilität wir verkraften und ertragen können bzw. wir uns leisten wollen. Ich sage nicht, dass wir uns heute schon zu viel oder zu wenig Mobilität leisten. Aber die Kapazitätsgrenzen unserer Verkehrsinfrastrukturen sind zu grossen Teilen ausgereizt oder sogar überschritten. Die Befriedigung der nach wie vor un-

gebrochenen Nachfrage wird nur mit einem sehr grossen Effort und mit sehr grossen Investitionen in die Erneuerung und Erweiterung unserer Verkehrsinfrastrukturen zu haben sein.

Aus meiner langjährigen Erfahrung als Infrastrukturplaner und professioneller Verkehrsinfrastrukturbauherr habe ich eine wesentliche Erkenntnis gewonnen. Auch im Bereich Mobilität und Infrastrukturen gilt die 80/20-Regel. Bisher konnten wir mit einem moderaten Aufwand (20) die Infrastrukturen für unsere Mobilitätsbedürfnisse (80) bereitstellen. Um die Kapazitäten der bestehenden Verkehrsinfrastrukturen in unserem sehr dicht besiedelten Land zu erhöhen und zu perfektionieren (letzte 20) werden wir einen enormen Aufwand (80) erbringen müssen. Ob wir uns diesen Aufwand leisten wollen und können, müssen wir uns ernsthaft fragen. Eventuell würde es auch genügen mit etwas Dämpfung das heutige Wachstum zu bremsen und zu verlangsamen.

Um die drängenden Probleme im Verkehrsbereich anzugehen wurden in den letzten Monaten und Wochen von diversen Kreisen unterschiedlichste Lösungsansätze unterbreitet. Diese greifen teilweise leider mehr oder weniger nur immer einen Aspekt heraus und lösen die Probleme nur vordergründig. Auf alle Fälle lohnt es sich aber, die Diskussions- und Lösungsvorschläge genauer zu betrachten.

Die VCS-Umverteilungsinitiative will grosse Teile der Einnahmen aus der Mineralölsteuer zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs zu Lasten der Strasse umverteilen. Die Initiative ist ein typisches Beispiel einer noch sehr stark ideologisch geprägten Verkehrspolitik öV gegen Strasse und umgekehrt. Diese ideologischen Lösungsansätze von hüben wie drüben verkennen die Tatsache, dass die Probleme nur noch integral, umfassend und gemeinsam gelöst werden können. Dazu braucht es genügend finanzielle Mittel. Gerade aber bei den Einnahmen aus der Mineralölsteuer zeigen die energieeffizienteren Motoren Wirkung. Trotz mehr Verkehr steigen die Einnahmen nicht. Das ASTRA prognostiziert in Zukunft, wegen der weiteren Verbesserung der Energieeffizienz und wegen der teilweisen Substitution durch alternative Antriebskonzepte, einen starken Rückgang bei den Einnahmen aus der Mineralölsteuer. Die VCS-Umverteilungsinitiative würde also die Mittel aus einem sich immer mehr verringernden Einnahmentopf umschichten. Damit würden sowohl für die Strasse als auch für den öV immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Dieser ideologisch geprägte Lösungsansatz greift also ganz wesentlich zu kurz.

Auf der anderen Seite der Lösungsansatz des Bundesrates, gedacht als Gegenvorschlag zur untauglichen VCS-Initiative. Der Ansatz sieht vor, die heutige sehr komplexe, unsichere und teilweise etwas undurchsichtige Finanzierung der Erhaltung, Erneuerung und Ausbauten der Bahn- und öV-Infrastruktur zu vereinfachen und diese durch klar definierte Einnahmequellen nachhaltig zu sichern. Damit würde die Finanzierung der öV-Infrastrukturen in eine vergleichbare Form überführt, wie diese bei der Strasse schon seit Jahrzehnten besteht. Dieser Teil des Lösungsansatzes ist mehrheitlich auch unbestritten. Bei der Alimentierung dieses Fonds scheiden sich dann allerdings die Geister. Hier brechen nebst den regionalen und kantonalen Interessen auch wieder die ideologischen Grabenkämpfe Strasse gegen öV und umgekehrt auf. Insbesondere muss sich jedoch auch der Bund mit einem grösseren Beitrag als bisher angedacht beteiligen. Gemäss NFA-Aufgabenteilung ist der Bund für das Schienennetz zuständig. Er steht hier klar in der Verantwortung.

Nur wenn es allen Beteiligten gelingt, über ihren eigenen Schatzen zu springen, wird es möglich sein, sowohl für die Strasse als auch den öV eine nachhaltige Finanzierung für Erhaltung, Erneuerung und Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen zu finden. Dazu braucht es Kompromisse und Opfer von allen Seiten. Zum Beispiel eine teurere Autobahnvignette zu Gunsten des Strassenfonds und höhere Billet-Preise beim öV zu Gunsten des öV-Fonds. Die Pendlerinnen und Pendler sind ebenfalls gefordert. Diese belasten unser Verkehrssystem überproportional. Diese hohe Nachfrage soll und kann nach dem Wettbewerbsgrundsatz von Angebot und Nachfrage auch auf eine sinnvolle Art und Weise abgegolten werden. Ob das wie vorgeschlagen über die Steuern bzw. die Reduktion der entsprechenden Abzüge geschehen soll, lasse ich offen. Die höheren Kosten hätten zudem einen etwas dämpfenden Effekt auf die stetig ansteigende Mobilitätsnachfrage.

Wir kommen auf Grund der bereits teilweise sehr kritischen Verkehrssituation nicht darum herum sehr rasch nachhaltige Lösungen zu finden und umzusetzen. Dazu gehört für mich jedoch auch die Klärung der Grundsatzfrage, ob wir uns ein ungebremstes Wachstum leisten können und wollen. Wenn wir uns für Wachstum entscheiden, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir die dafür benötigten Mittel bereitstellen müssen. Getreu dem Motto wer A sagt muss auch B sagen. Wir müssen dann auch akzeptieren, dass mehr Mittel als heute notwendig sein werden und dass Bund, Kantone, die Benutzer von Strasse und öV einen höheren Anteil als bisher daran zu leisten haben.

Thomas Küchler
Vorsitzender der Geschäftsleitung
der Schweizerischen Südostbahn AG

Diese Ausgabe wird gesponsert von
Glasmanufaktur Buttikon AG, Glashandel
Kantonsstrasse 41, 8863 Buttikon
www.glasmanufaktur.ch

Nr.	Datum	Sponsor
420	28.10.2010	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach
421	25.11.2010	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
422	16.12.2010	CONVISA AG; Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Schwyz, Pfäffikon, Altdorf
423	27.01.2011	Garaventa AG, Zweigniederlassung Goldau, Tennmattstrasse 15, 6410 Goldau
424	24.02.2011	PPS Polyvalent PatentService AG, Bahnhofstrasse 12, 6403 Küssnacht am Rigi
425	29.03.2011	Beat Föhn AG, Plattenbeläge Gätzlistrasse 2, 6440 Brunnen
426	28.04.2011	Arthur Weber AG, Wintersried 7, 6423 Seewen
427	26.05.2011	Glasmanufaktur Buttikon AG, Glashandel, Kantonsstrasse 41, 8863 Buttikon
428	23.06.2011	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
429	25.08.2011	Lütze, Elektronik Elektrotechnik, Oststrasse 2, 8854 Siebnen
430	29.09.2011	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz
431	27.10.2011	Mächler AG, Sandstrahl- und Metallspritzwerk, Zürcherstrasse 104, 8852 Altendorf
432	24.11.2011	A. Betschart Söhne AG, Transport und Heizöl, Schwyzerstrasse 19, 6440 Brunnen
433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon/SZ
434	21.01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
435	23.02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
436	29.03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
437	26.04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
438	24.05.2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach